

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.04.2009

öffentlich

Ort: Amt für Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Nowotny	stimmb.	von 16.45 Uhr - 18.30 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Herr Klaus Hopfgarten	„	
Herr Klaus Adam	„	
Frau Dr. Regine Stark	„	
Frau Annette Wunderlich	„	i.V. von Frau Schwabe anwesend
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Helga Schubert	„	i.V. von Herrn Dr. Piechotta anwesend
Herr Winfried Weber	„	
Herr Ralf Berger	beratend	
Herr Richter Bruno Glomski	„	bis 18.15 Uhr anwesend
Frau Renate Leonhard	„	
Frau Peggy Rarrasch	„	
Frau Dr. Christine Slomka	„	bis 17.10 Uhr anwesend
Frau Katharina Brederlow	„	
Herr Tobias Kogge	„	
Frau Petra Schneutzer	„	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elke Schwabe	stimmb.	Vertreterin Frau Wunderlich anwesend
Herr Dr. Peter Piechotta	„	Vertreterin Frau Schubert anwesend
Herr Helmut Becker	beratend	
Frau Dagmar Deckwerth	„	entschuldigt
Herr Max Privorozki	„	
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2009
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Übergang Kita - Schule
Berichterstattung: Frau Lukas, Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 6. Bericht aus dem Sozialraum Süd /Silberhöhe/Ammendorf des Amtes für Kinder, Jugend und Familie
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07923
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07842
- 9. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 10. Mitteilungen
- 11. Arbeitsplanung
- 12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 13. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Da keine Kinder und Jugendlichen anwesend waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute noch eine Nachtragstagesordnung ansteht. Zum Einen liegt ein Antrag, aus dem Stadtrat an die Ausschüsse verwiesen, von der Fraktion Die LINKE zum Konjunkturprogramm II vor. Zum Anderen dazu eine Beschlussvorlage zur „Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II“.

Die Beschlussvorlage muss auf der TO als TOP 7.1. und der Antrag als TOP 8.1. noch aufgenommen werden, die Unterlagen liegen bereits verteilt auf dem Tisch den Mitgliedern vor.

Es gab keine Gegenrede hierzu.

Mit den Ergänzungen in der TO TOP 7.1 und TOP 8.1. wurde diese bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2009

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 05. März 2009 zwei befristete Anerkennungen gemäß § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe für : congrav new sports e.V. und den Verein lebens(t)raum e.V. ausgesprochen worden waren.

zu 5 Bericht zum Übergang Kita - Schule
Berichterstattung: Frau Lukas, Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Lukas sprach an, dass außer ihr heute zu diesem Thema folgende Partnerinnen sprechen werden: Frau Dr. Gröger vom Kinder- und Jugendärztlichem Dienst; Frau Ostwald, Kita-leiterin der EB-Kita „Hasenberg“; Frau Wiske, Grundschullehrerin der Grundschule „G.E.Lessing“ und Frau Richter, Hortleiterin „G.E. Lessing“, AWO.

Frau Lukas sprach an, dass es eine Auftaktveranstaltung zu diesem Thema am 15.12.2008 gegeben hatte. Fortbildungen – welche durch das Kultusministerium und das Ministerium für Gesundheit und Soziales gemeinsam initiiert worden sind - finden in modularisierter Form ca. 1 Jahr lang statt und werden 1xmonatlich durchgeführt. Hierzu wurde ein Tandem gebildet, welches aus 1 Erzieherin und 1 Grundschullehrerin besteht. Diese werden als Multiplikatorinnen für Schule, und Kita ausgebildet. Es gibt insgesamt 12 Tandems. Sie übergab das Wort an Frau Dr. Gröger.

Frau Dr. Gröger stellte sich vor. Sie arbeitet als Fachärztin für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst im Ressort Kinder- und Jugendgesundheitsdienst mit Sitz im Helmeweg in Neustadt. Sie zeigte eine Powerpointpräsentation zum Thema „Schuleingangsuntersuchungen“ und erläuterte dies näher. Diese Untersuchungen sind gesetzlich festgeschrieben. Diese haben zum Ziel, dass Krankheiten und Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden und der Gesundheits- und Entwicklungsstand des Kindes festzustellen ist. Es gibt vier Beratungsstellen, 2 in Neustadt, 1 in der Silberhöhe und 1 in der Niemeyerstraße. Pro Jahr gibt es ca. 1.800 Einschüler.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob bekannt ist, wann die Richtlinien zu den Sprachfeststellungsüberprüfungen erscheinen werden.

Frau Lukas antwortete, dass sie hier die Information vom Ministerium hat, das damit Ende Mai 2009 zu rechnen ist. Die Förderung soll ab 01.08.2009 beginnen. Eine Fortbildung der Erzieherinnen ist hierzu im Juni/Juli 2009 angedacht.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob bei den Einschulungsuntersuchungen auch psychische Beeinträchtigungen festgestellt werden können.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass dies in der Kürze der Zeit dieser Untersuchungen nicht feststellbar ist. Hier ist die Zusammenarbeit von Eltern und Kita's sehr wichtig, um Hinweise auch dazu erhalten zu können. Bei diesen Untersuchungen sind Kinder auch einer besonderen Situation ausgesetzt, da sie hier sehr aufgeregt sind.

Anfrage durch Hanna Haupt, ob es zu dem doch sehr unterschiedlichem Sprachschatz von 4-jährigen Statistiken gibt, aus denen auch die Ursachen hierfür abzuleiten sind.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass dieses Phänomen eine unterschiedliche Streubreite hat und natürlich auch in Fachkreisen auch besprochen wurde. Es gibt hierzu aber noch keine Untersuchungen und Statistiken.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie weit die Betreuung auch in den Bereich der Schulen ragt, werden die Kinder hier weitergehend begleitet.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass jede Beratungsstelle des KJÄD durch die Zuständigkeiten „seiner“ Schulen hat. Bei Problemen bestehen Kontakte zum Schulleiter und dem Lehrer. Die Kontakte andersherum laufen noch nicht so optimal wie gewünscht.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) ob die Lehrer, welche die Schüler der 1. Klasse betreuen sollen, regelmäßig in die Kita's, um die zukünftigen Schüler kennen lernen zu können. Gibt es bei auftretenden Problemen in Schulen dann auch Umsetzungen in auf den Schüler bezogen geeigneteren Schulen.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass hier entsprechend des Entwicklungsstandes des Kindes geschaut wird, wie dessen Entwicklung optimal gefördert werden kann und welche Schule geeignet wäre.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) was mit den Kindern passiert, die Sprachschwierigkeiten, Lernbeeinträchtigungen etc. aufweisen.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass hier ein Antrag auf sonderpädagogische Maßnahmen gestellt werden muss, dann erfolgen hierzu die Untersuchungen und Wiedervorstellung. Wenn davon ausgegangen werden muss, dass die Eltern nicht eigenständig mit ihrem Kind die entsprechenden Wege gehen, wird im Zweifelsfall auch das Jugendamt informiert. Dann werden Maßnahmen zur Begleitung der Familie abgesprochen.

Herr Kogge sprach an, dass es in der Jugendhilfe eine sehr plurale Landschaft gibt. Folgende Fragen sind von Interesse hierbei:

1. Gibt es signifikante Beobachtungen bei Kindern aus bestimmten Bereichen, Bsp. Waldorfkinder
2. Gibt es abweichende Beobachtungen und unterschiedliche Förderungen im Kita-alter Und welche Rolle spielen hierbei „Hauskinder“
3. Könnte es sein, dass es Kinder gibt, welche keine Einschulungsuntersuchung haben

Frau Dr. Gröger antwortete auf:

1. Nein, diese werden nicht festgestellt. Dann würde eine Klassifizierung vorab erfolgen.
2. Die Zahl der „Hauskinder“ ist sehr gering. Hier wird der Kontakt zum EB Kita aufgenommen, damit diese Hauskinder möglichst 1 Jahr vor der Einschulung noch in eine Kita kommen. Die meisten Hauskinder kommen aus bildungsfernen Familien, so dass deren Entwicklungsstand gering ist.
3. Alle Kinder, die das Vorschulalter erreichen, müssen angemeldet werden. Dies ist unabhängig, bei welchem Träger diese die Kita besuchen. Es gibt eine Liste, die das Gesundheitsamt erhält. Da es sich um eine Pflichtuntersuchung handelt, muss jedes Kind diese Untersuchung machen. Wo durch das Elternhaus trotz Einladung nicht reagiert wird, erfolgt eine Zuführung durch das Ordnungsamt. Etwas laxer wird dies in den freien Schulen gehandhabt, diese fragen manchmal nicht nach dem Schulschein.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob es Stadtteile gibt, bei denen bekannt ist, dass dort ein hoher Anteil an förderfähigen Kindern wohnt.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass dies in der Silberhöhe und Neustadt der Fall ist. Neustadt hat einen hohen Migrantenanteil, diese werden schwer erreicht und haben auf Grund ihrer Tradition eine andere Vorstellung hierzu.

Frau Schneutzer fragte nach, wie diese Kinder erreicht werden können. Wie erfolgt hier bei den Untersuchungen eine Verständigung.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass oftmals hier über die Geschwisterkinder, welche auch weniger Sprachschwierigkeiten als die Eltern haben, eine Verständigung versucht wird.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob es Statistiken gibt, aus denen hervorgeht, dass Kita-kinder fitter sind und in welchen Beriechen dies zutrifft.

Frau Dr. Gröger verneinte dies, da dies ein „Ranking“ darstellen würde, was nicht gewollt ist.

Das Wort wurde jetzt an Frau Ostwald, Kita-leiterin der EB-Kita „Hasenberg“; Frau Wiske, Grundschullehrerin der Grundschule „G.E.Lessing“ und Frau Richter, Hortleiterin „G.E. Lessing“, AWO übergeben.

Frau Ostwald sprach an, dass die Profession jeder Institution gesehen werden muss. Mittelpunkt sind immer die Kinder. Eine konstruktive und anerkennende Zusammenarbeit ist hier immer wichtig. KITA und Schule muss sich gegenseitig achten und anerkennen und austauschen. Die Erwartungen müssen gesehen werden. Es werden bereits in der KITA Mappen mit der individuellen Entwicklung des Kindes angelegt, hierzu erfolgt auch ein Austausch mit den Eltern.

Zwischen ihrer Kita und der Grundschule wurde ein Kooperationsvertrag abgeschlossen, welcher eine Präambel erhält und jährlich aktuell durch einen Kalender mit den Zielen erhält. Es wurde ein Flyer von den Einrichtungen : Kita, Grundschule, Hort entwickelt, welcher der Information für die Eltern dient .

Herr Kogge fragte an, wer Träger der Einrichtung ist.

Es wurde **geantwortet, dass** die KITA zum Eigenbetrieb Kindertagesstätten und der Hort zur AWO gehören.

Frau Ostwald sprach an, dass die Kita-Kinder an unterschiedliche Schulen dann gehen. Der Kooperationsvertrag besteht mit der Grundschule „G.E. Lessing“, zu den anderen Schulen bestehen auch gute Kontakte eine gute Zusammenarbeit. Die Kita darf 1x jährlich an den Weiterbildungen für Lehrer teilnehmen und dadurch lernt man sich untereinander auch sehr gut kennen.

Frau Brederlow fragte nach, welche Wünsche noch offen sind.

Frau Ostwald antwortete, dass mehr Zeit zur Verfügung stehen müsste. Die Erzieherinnen sind fest im Alltag der Kita drin, oftmals fehlt Zeit um noch mehr tun zu können.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde angesprochen, dass durch Prof. Olbertz den Grundschullehrern mehr Zeit geschenkt wurde, was wiederum die Erzieherinnen in den Kita's nicht von Frau Ministerin Kuppe erhalten haben.

Herr Kogge machte darauf aufmerksam, dass diese Formulierung so nicht stimmt. Prof. Olbertz hat in seinem Zuständigkeitsbereich eine Entscheidung getroffen. Frau Ministerin Kuppe würde dies sicher auch tun wollen, jedoch scheitert dies an der unterschiedlichen Zuständigkeit im Kita-bereich (kommunal, freie Trägerschaft).

Herr Kogge fragte an, wie durch Eltern das Recht auf vorzeitige Einschulung ihres Kindes wahrgenommen wird oder ob diese sich auch durch Einschätzungen zur Entwicklung ihres Kindes beeinflussen lassen und dies berücksichtigen.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass pro Jahrgang ca. 5% der Kinder vorzeitig eingeschult werden sollen. Wenn die Entwicklungsstufe des Kindes gegen eine vorzeitige Einschulung spricht, kann nur mit den Eltern das Gespräch gesucht werden. Meistens sind die Eltern

dann auch einsichtig und berücksichtigen dies im Interesse ihres Kindes. Bei 1.800 Einschülern pro Jahr sind 5% Anteil auch sehr gering.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob die Zusammenarbeit Kita-Schule so funktioniert, dass die Grundschule vorab der Einschulung der Kinder auch die Kita's aufsuchen und sich über den Entwicklungsstand der Kinder schon erkundigen.

Es wurde **geantwortet**, dass dies nicht möglich ist. Allein die Grundschule „G.E.Lessing“ bekommt Kinder, die aus 29 verschiedenen Kita's kommen. Eine sehr gute Zusammenarbeit besteht auch mit dem Förderzentrum Halle.

Frau Hanna Haupt dankte für die interessanten Beiträge.

zu 6 Bericht aus dem Sozialraum Süd /Silberhöhe/Ammendorf des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Frau Brederlow sprach an, dass der Sozialraumbericht Mitte-Nord-Ost auf die Sitzung im Mai verschoben wird, da die heutige Tagesordnung schon sehr vielfältig ist und das Zeitvolumen dies nicht hergeben würde.

Sie wies darauf hin, dass rückblendend in der letzten Sitzung der HzE-Bericht 2008 gehalten worden ist. Hier wurde zugesagt, dass in den Sozialraumberichten näher auf die Fallzahlen eingegangen wird. Sie gab das Wort an die Ressortleiterin Süd, Frau Gabriele Heder.

Frau Heder sprach an, dass heute zu den Ressorts im Sozialraum Süd Übersichten aufgehängt worden sind, woraus ersichtlich ist, wie groß diese Gebiete sind und welche Stadtteile dazu gehören. Heute werden aus dem Sozialraum II, Frau Kaufmann, Sozialraummanagerin und aus dem Sozialraum III, Herr Placke, Sozialraummanager berichten und zwei Praxisbeispiele von Freien Trägern vorgetragen. Hier werden aus dem SR II Frau Masur (Caritas e.V.) und Frau Jakob (St. Georgen e.V.) berichten.

Frau Kaufmann, Sozialraumkoordinatorin stellte ausgewählte soziodemografische, HzE- und Arbeitsmarktdaten aus dem Sozialraum II vor.

Einwohner waren gesamt 2007 : 22.508 und im Jahr 2008 : 24.768

Davon 2007 auf der Silberhöhe: 14.311 und im Jahr 2008: 13.768 Einwohner

Unter 18jährige waren 2007: 3.262 (14,5%) und im Jahr 2008: 3.057 (12,4%)

Im Jahr 2007 waren Bedarfsgemeinschaften (BG) im gesamten Sozialraum, davon mit Kindern unter 15 Jahren: 823 davon 663 BG in der Silberhöhe (80%), in ländlichen Randgebieten und Ammendorf waren es 160 BG mit Kindern unter 15 Jahren. Die Fallzahlenentwicklung Minderjähriger im Jahr 2008 sagt aus, dass stationär abfallend, ambulant erhöht und Pflegeschaffen hoch sind. Bei den Beratungen zu Erziehungs- und Familienproblemen, Trennung und Scheidung und Umgang macht den Anteil Alleinerziehender 50% aus. Die Zusammenarbeit der sozialpädagogischen Teams mit Kita wurde ab dem I. Quartal 2008 statistisch erfasst.

Im Sozialraum II gibt es 3 Quartiersrunden. Zwei in der Silberhöhe mit Standort „Schöpfkelle/Bäumchen“ und „Kita Kunterbunt“ und eine in Ammendorf „Jugendnest – Projekt Robinienweg“. Im Sozialraum gibt es viele Projekte, u.a. das Projekt Frühwarnsystem, welches 2009 noch ausgebaut wird. In der Einzelfallbearbeitung gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit mit vielen Partnern.

Frau Masur (Caritas e.V. , Kinder- Jugendhilfenetzwerk) stellte ein Projekt zur intensiven Familienbetreuung vor. Hier ging es um eine allein erziehende Mutter mit 7 Kindern im Alter von 3 – 16 Jahren, welche im haus der Wohnhilfe untergebracht war. Es wurde im Mai 2008 ein Konzept entwickelt, welches ein individuelles Hilfesetting für die Familie darstellte. Rahmenbedingung war die Anmietung einer geeigneten Wohnung durch Caritas und eine individuelle Vereinbarung zum Umgang mit Finanzen. Es wurden zwei Fachkräfte mit 30 Wochenstunden hier eingesetzt, die von montags bis samstags die Familie betreuten und unterstützten. Rechtsgrundlage war hierfür § 27/2 SGB VIII. Frau Masur erläuterte Näheres zu diesem Hilfesetting und zog ein Resümee zum Projekt.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen zu diesem Sozialraum und stellte frei, hierzu Fragen zu stellen.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde angefragt:

1. Was für Probleme gibt es im Sozialraum, wo sind Bedarfe zur Unterstützung zu sehen?
2. Ist es Ziel, in den Quartiersrunden Maßnahmen zu initiieren, die professionelle Arbeit ersetzen oder unterstützen sollen?

Frau Kaufmann antwortete, dass keine Fachkräfte ersetzt werden sollen durch die Arbeitskräfte, die über Maßnahmen hier mit arbeiten. Es handelt sich hierbei um niedrigschwellige Hilfe, z.B. Unterstützung im Haushalt.

Die Silberhöhe sieht sie nicht als den Stadtteil mit den großen Problemen an, es gibt auch viele gute Erfahrungen. Im Sozialraum gibt es viele alleinerziehende Frauen mit 3 und mehr Kindern. Es finden Zuzüge von HzE z.B. aus dem Saalekreis statt, da die großen Wohnungen in Ammendorf günstiger als die im Saalekreis sind. Es gibt Familien mit „Multiproblemen“, d.h. es gibt viele und unterschiedliche Problemlagen in einer Familie.

Herr Kogge fragte an, wie reagiert wird, wenn der Saalekreis Umzüge von Problemfamilien nach Halle zahlt und wir dadurch einen Zuzug von HzE bekommen. Hier empfiehlt er zukünftig, eine Information an den zuständigen Beigeordneten und eine Anzeige bei der ARGE zu machen.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) was mit dem Objekt „SILVA“ ist. Hier können Räume angemietet werden, was passiert dort noch.

Die Verwaltung sagte hier einen aktuellen Sachstand zu.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) wie hoch der Personalaufwand in diesem Sozialraum ist, gibt es hier Überlastungsanzeigen durch Sozialarbeiter.

Frau Heder antwortete, dass die Personalbemessung sich aus den Standards und dem Einwohnerschlüssel ergibt. Diese Bemessung wird regelmäßig überprüft und angepasst auf Grund der Daten. Es bedarf auch einer Personalentwicklung und –fortschreibung wie in jeder Organisation.

Herr Placke, Sozialraumkoordinator für den Sozialraum(SR) III berichtete aus dem SR. Die südliche Innenstadt nimmt den größten Anteil an Einwohneranzahl in diesem Sozialraum ein.

Im Jahr 2007 hatte der Sozialraum insgesamt 65.561 Einwohner und davon unter 18jährige: 7.732 (11,8%). Im Jahr 2008 insgesamt 65.202 Einwohner und davon unter 18jährige: 7.534 (11,6%). Ein Problem stellen die jungen Mütter mit ihren vielen jungen Kindern dar. Da diese Kinder in keine Kita gehen, wird sich darum bemüht, diese Zielgruppe zu erreichen. Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 15 Jahren sind im Jahr 2007: 1.839, davon allein in der südlichen Innenstadt: 801. 47% der Kinder sind in Familien, welche Transferleistungen beziehen, hier ist insbesondere der Anteil in der Südstadt hoch. Die Fallzahlenentwicklung Minderjähriger im Jahr 2008 im SR III zeigte, dass bei den ambulanten und stationären Hilfe Ansteige zu verzeichnen waren. Bei den Beratungen zu Erziehungsproblemen waren 8.461 Fälle, bei Beratungen nach SGB XII waren es 2.127 Fälle und bei Trennung und Scheidung bei 1.576 Fällen. Durch die Zusammenarbeit der sozialpädagogischen Teams mit Kita können die Bedarfe schneller erfasst und dadurch besser reagiert werden. Quartiersrunden gibt in Glaucha/Vossstrasse und im Viertel Damaschkestraße und eine Quartiersrunde wird sich im April 2009 im Lutherviertel bilden. Hier soll Standort der Jugendtreff Waldorff sein.

Frau Jakob (vom Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.) stellte als Projekt eine integrierte Tagesgruppe im Wohnungs- und sozialräumlichen Umfeld vor. Hier handelt es sich um ein Angebot gemäß § 32 i. V. mit § 22 SGB VIII. Keine Separierung von Kindern mit erhöhtem erzieherischem Bedarf in reguläre Angebote HzE. Es werden neben den

„normalen“ Kindern Kinder aus HzE in diese Tagesgruppe aufgenommen und integriert. Die Ziele unterscheiden sich in der Leistung am Kind und in der Elternarbeit NICHT von denen der Tagesgruppe.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen zu diesem Sozialraum und forderte zu Anfragen auf.

Anfragen waren nicht zu diesem Sozialraum.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darum gebeten, dass bei zukünftigen Berichten zu den absoluten Zahlen auch die Prozentzahl (Einwohner/Fälle etc.) aufgenommen werden.

Pause von 10 min.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II Vorlage: IV/2009/07923

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Beschlussvorlage und der unter TOP 8.1. zu behandelnde Antrag der Fraktion Die Linke gemeinsam behandelt werden können, da dies im Zusammenhang zu sehen ist. Dem wurde nicht widersprochen.

Frau Ute Haupt erläuterte den Hintergrund des Antrages ihrer Fraktion.

Es sollten die Prioritätenlisten insgesamt angesehen werden und der Stadtrat bei der Umsetzung der Maßnahmen einbezogen werden.

Zu der heute von der Verwaltung vorgelegten Vorlage, welche zur Kenntnisnahme an alle Ausschüsse gegeben wird, bittet Sie um Abstimmung. Sie bat um Erläuterung der auf Seite 2 ausgewiesenen „Sanierung Druckereigebäude Stadtmuseum“.

Herr Kogge antwortete, dass es drei Finanzströme zu beachten gibt. Es gibt Anträge auf EFRE-mittel, die hierbei nicht berücksichtigt werden konnten. Es wird davon ausgegangen, dass diese Mittel aber kommen. Zum anderen handelt es sich um Projekte, welche nicht in Bereichen benannt werden können. Er erläuterte die einzelnen Beschlussvorschlagspunkte. Herr Kogge fasste dies abschließend zusammen. Im Kita-Bereich gibt es eine sehr gute Situation, da sich hier Frau Ministerin Kuppe überproportional für Halle entschieden hat. Er machte darauf aufmerksam, dass es in Stadtgebieten mehr Wegzüge und woanders Zuzüge gibt. Hier muss verstärkt geschaut werden, wo Mittel rein fließen sollen, da dies wirkungsvoll ist.

Bedarfe Horte müssen auch gesehen werden, bspw. wurde der Hort in Büschdorf mit aufgenommen. In das Objekt BbS Dreyhauptstraße sollen die Volkshochschulen Halle und Saalekreis untergebracht werden, angedacht ist auch die Erweiterung der Stadtbibliothek in dem Objekt. Die Stadt hat dies jetzt insgesamt aus den Bereichen in die Beschlussvorlage aufgenommen und dies soll jetzt allen Ausschüssen und dem Stadtrat vorgelegt werden.

Anfrage eines Mitgliedes (Freie Träger) ob davon auszugehen ist, dass dann alle Kita's über die notwendigen brandschutztechnischen Ausstattungen verfügen, da hier noch mal 1,6 Mio € einfließen sollen.

Die Verwaltung antwortete, dass es sich hierbei um die Einrichtungen handelt, welche bereits in der Prioritätenliste aufgenommen worden waren, da hier noch Rettungswege fehlen. Dann müssten alle Kita's über die geforderten brandschutztechnischen Voraussetzungen verfügen.

Herr Kogge machte deutlich, dass Auflagen abzuarbeiten sind, die Kita's stehen an Platz 11, also auf den vorderen Plätzen.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) ob etwas zum in der Vorlage benannten Saline Science-center gesagt werden kann.

Herr Kogge antwortete, dass dies nicht in seinen Verantwortungsbereich gehört.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss hat einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen).

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt die Beantragung der Vorhaben im Rahmen des Konjunkturprogramms II zur Kenntnis. (vgl. Anlage 1+2)
2. Die kommunalen Eigenmittel für die Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II werden, soweit eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre, durch die Aufnahme von zinsgünstigen Darlehen bereitgestellt.
3. Sofern für nachfolgende Vorhaben keine Projektförderung durch die zuständigen Ministerien erfolgen kann, wird die kommunale Investitionspauschale nach folgenden Prioritäten verwendet.

Erneuerung Fenster Pestalozzischule	0,5 Mio. EUR
Sanierung der Schlosserei Oper	1,8 Mio. EUR
Sanierung von Straßen im Dünnschichtverfahren	0,5 Mio. EUR
Sanierung Druckereigebäude Stadtmuseum (anteilig)	2,0 Mio. EUR
Sanierung der Eissporthalle optional	3,2 Mio. EUR

4. Der Stadtrat wird über den aktuellen Sachstand in jeder Sitzung informiert.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum
Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07842**

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Antrages der Fraktion DIER LINKE auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss hat **mehrheitlich zugestimmt.**

Beschlussvorschlag:

Der Maßnahmenkatalog für das Konjunkturpaket II der Stadt Halle (Saale) wird als Dringlichkeit in den entsprechenden Fachausschüssen beraten und als Beschlussvorlage für den Stadtrat im Monat April eingebracht.

zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

Frau Dr. Stark fragte an, ob es den Tatsachen entspricht, dass der Verein Kahuza e.V. den Antrag gestellt hat, eine Kita betreiben zu können.

Frau Brederlow antwortete, dass vor ca. 1 Monat im Amt ein Antrag hierzu eingegangen ist.

Es erfolgte der Hinweis, dass das Landesjugendamt für die Erteilung von Betriebserlaubnissen zuständig ist. Seit gestern hat der Kahuza e.V. vom Landesjugendamt die Betriebserlaubnis für eine Kita mit 12 Kindern erhalten. Das Jugendamt wird die Entwicklung hierzu beobachten, eine Verweigerung durch das Jugendamt kann hierzu nicht erfolgen. Das Jugendamt ist regelmäßig vor Ort und wird im Bedarfsfall reagieren.

Anfrage durch Frau Dr. Stark, ob sich in der neuen Legislaturperiode an der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses, hier 15 stimmberechtigte Mitglieder, etwas ändern wird.

Herr Kogge antwortete, dass es hierzu in Halle keine Veränderung geben wird, die Zusammensetzung ist gesetzlich vorgeschrieben.

Frau Ute Haupt fragte an, ob es personelle Probleme im Frauenschutzhaus gibt, da dies an sie herangetragen worden ist.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass dies zur nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil beantwortet wird.

Frau Wießner fragte an, ob zur Sicherheit von Schulbussen für Halle und Umgebung Aussagen getroffen werden können. Vor einigen Tagen wurde über das Fernsehen ein Bericht zur Auswertung eines ADAC-Testes zu Schulbussen gezeigt, welcher sehr viele Mängel an Schulbussen und Fahrerverhalten deutlich machte.

Herr Kogge nimmt die Anfrage auf und lässt dies durch den zuständigen Bereich beantworten.

zu 10 **Mitteilungen**

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass gestern die erste Fachmesse zur Quartiersrundenarbeit in Halle stattgefunden hat. Die Veranstaltung kam sehr gut an und die Referenten aus Niederlande waren sehr gut.

Frau Brederlow ergänzte, dass es hierzu auch eine Dokumentation geben wird.

Frau Gellerte teilte mit, dass der Stadtjugendring am 19.05.09 von 15.00 – 18.00 Uhr eine jugendpolitische Gesprächsrunde im Objekt der Freiwilligenagentur durchführt. Thema:“ präventive Strategien als MUSS in der Jugendhilfe“. Einladungen werden noch versendet.

zu 11 Arbeitsplanung

_Siehe Anlage zur Niederschrift

zu 12 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die mündliche Anfrage von Frau Gellert im JHA am 12.02.09 zum Gesprächsstand mit der ARGE bzgl. Kita KJHG-ermäßigung schriftlich beantwortet heute an alle Mitglieder verteilt wurde.

Frau Brederlow beantwortete die in der letzten Sitzung durch Frau Gellert mündlich gestellten Anfragen **zu:**

1. Ob weiterhin ein Jugendaustausch mit der Partnerstadt Oulu gewünscht ist und dies durch die Stadt anteilig gefördert wird.

Antwort: Die Stadt ist daran interessiert, dass das langjährige Projekt im Rahmen internationaler Jugendarbeit stattfindet. Die Beantragung durch den Träger erfolgte im Rahmen der Projektförderung. Grundsätzlich muss aber die Gesamtragslage für die Projektförderung zum Stichtag 31.03.09 sowie der Beschluss zu den Prioritäten für die Förderung der Jugendhilfe 2009 berücksichtigt werden. Eine verbindliche Förderzusage – bzw. –absage kann erst nach Beschlussfassung erfolgen.

2. Bewilligung eines Ganztagsplatzes durch Notfall/Ausfall der Kindesmutter

Antwort: Hinweis an Frau Gellert, dass hier in besonderen Notfallsituationen vorab telefonisch der zuständige Bereich über den Fall zu informieren ist. Die Bewilligung erfolgt durch Antragsverfahren über ASD oder durch den Nachweis des sofortigen Mehrbedarfes im Bereich „Förderung und Finanzierung von Kindertagesbetreuung“. Eine taggleiche Entscheidung ist gemäß § 3a, Abs. 3 KiFÖG LSA, entsprechend der Voraussetzung § 3a , Abs. 1 Nr. 1 KiFÖG LSA möglich.

zu 13 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.04.09
